FÜRTH – Keiner kennt einen Stadtteil besser als die Menschen, die dort wohnen und arbeiten – deshalb sollten sie eingebunden werden, wenn größere Projekte in einer Stadt anstehen. Genau um dieses Thema ging es gestern auf einem Kongress des Bundesbauministeriums in der Stadthalle. Etwa 150 Teilnehmer aus ganz Deutschland waren angereist – auch um mehr über ein beispielhaftes Projekt aus Fürth zu erfahren.

„Bürgernahe Stadtentwicklung durch Kooperation“ lautete der Titel der Veranstaltung. Wobei Bürger weit mehr als Anwohner bedeutet, nämlich auch Einzelhändler, Künstler und Immobilieneigentümer. „Wir müssen alle gesellschaftlichen Gruppen für die Stadtentwicklung gewinnen“, gab Manfred Hilgen vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung die Devise aus. Besonders in

Fürth entwickelt sich „vorbildlich“

Ein Bundeskongress beleuchtete, wie man Bürger in kommunale Projekte einbindet

Zeiten knapper öffentlicher Kassen sei die Bürgerbeteiligung – auch finanzieller Art – zwingend notwendig. Doch erst zu kooperieren, wenn einer Kommune das Wasser bis zum Hals steht, ist auch der falsche Weg, warf ein Teilnehmer ein.

Dass die Einwohner an der Entwicklung ihrer Stadt beteiligt werden müssen, stand prinzipiell außer Frage. Auch Fürths Baureferent Joachim Krauß betonte: „Das Thema steht bei uns dauernd auf der Tagesordnung.“ Strittiger war vielmehr, wie genau diese Beteiligung funktionieren kann. „Je größer ein Projekt wird und je massiver Bürger Widerstand dagegen leis-

ten, desto schwieriger wird es“, weiß Krauß aus Erfahrung. Beispiel Neue Mitte: Die Kommune habe hier eine „sehr umfangreiche Einbeziehung der Bürger ermöglicht“. Dass am Ende doch nicht alle mit den Ergebnissen zufrieden sind, liegt in der Natur der Sache: „Die Welt ist kein Paradies“, so Krauß.

Dennoch: Die Zusammenarbeit mit Bürgern sollte in jeder Kommune fest verankert werden. Dafür braucht es langfristig angelegte Kooperationen und feste Ansprechpartner bei der Stadt, waren sich die Teilnehmer einer Podiumsdiskussion einig. Auch Krauß unterstrich: „Die Aufgabe

einer Kommune ist es, ihre Bürger zu betreuen und zu beraten und Verwaltungshürden auszuräumen.“

Als ein Modellvorhaben in Sachen Bürgerbeteiligung wurde das Fürther Projekt „Gesund und fit in der Stadt“ vorgestellt: Die Kommune, die Krankenkassen und interessierte Bürger arbeiten zusammen, um durch vielfältige Angebote die Gesundheit vor allem von Kindern und Jugendlichen zu fördern. So wurden beispielsweise eine mobile Skateanlage angeschafft und Gärten an mehreren Schulen angelegt (wir berichteten).

„Diese Kombination aus Stadtentwicklung und Gesundheitsförderung

ist einmalig, ein echtes Vorzeigeprojekt“, lobte Birgit Richter vom Bundesbauministerium. Deshalb wird es vom Bundesprogramm „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau“ gefördert, deshalb wurde es gestern anderen Kommunen ans Herz gelegt.

Sowieso sei Fürth „vorbildlich auf dem Gebiet der Stadtentwicklung“, befand Manfred Hilgen. Mit Hilfe des Programms „Soziale Stadt“ sei es beispielsweise gelungen, die Entwicklung in der Innenstadt umzukehren – weg von einem sozialen Brennpunkt, hin zu einem Miteinander verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.

Genau darum müsse es bei der Stadtentwicklung gehen, resümierte Michael Wolffsohn, der über eine private Stiftung ein Viertel in Berlin saniert hat: „Der Zweck jeder Beteiligung ist, dass die Menschen sich vor Ort wohlfühlen und ein Wir-Gefühl entsteht.“ ANNIKA PEISSKER